

Matthias Kollatz-Ahnen

Die Banken nach der Krise

Das Geschäftsmodell der Finanzindustrie muss erneuert werden

Derzeit sortiert sich die Welt neu. Analysen und Berichte lassen Hoffnung aufkeimen, dass der tiefste Punkt der großen Finanzkrise, die mit dem Platzen der sogenannten Subprime-Blase (Immobilienblase) in den USA im Sommer 2007 ihren Ausgang nahm, hinter uns liegt.

Matthias Kollatz-Ahnen

(* 1957) ist Physiker und Volkswirt und war von 2006 bis Anfang 2012 Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank. Dort verantwortete er die Aktivitäten der EIB zur Strukturpolitik mit einem Schwerpunkt in den neuen Mitgliedsländern.

Matthias.Kollatz@t-online.de



Mitte 2012 antwortete der bekannte US-Ökonom Nouriel Roubini auf die Frage, wie viel Zeit er dem Euro noch gebe, mit »drei bis sechs Monate«; denn dann hätten Italien und Spanien den Zugang zu den Kapitalmärkten verloren. Die sechs Monate sind im Januar 2013 abgelaufen, und zahlreiche Spekulanten, einschließlich prominenter Hedge-Fonds, verloren Ende 2012 viel Geld mit Wetten gegen den Euro. Mittlerweile schreiben auch Ökonomen von Investmentbanken, dass 2013 in Europa der Aufschwung kommen könnte. Der wichtigste Indikator, die Leistungsbilanz der Eurozone, drehe ins Positive. Damit habe auch in Asien der Aufschwung nach der Krise von 1998 begonnen.

Die öffentliche Diskussion hat viele Regierungen überzeugt, dass es nicht darum gehen kann, die Zeiten vor der Krise wiederherzustellen. Die Gesetzgeber in Deutschland, der Euro-Zone, in Europa insgesamt und weltweit haben begonnen, sich auf den Weg zu machen, einen neuartig regulierten Finanzsektor zu schaffen. Sanktionen werden als Instrument entdeckt: Die beteiligten Banken müssen für die Manipulation an den Leitzinssätzen für den Inter-

bankenhandel (LIBOR/EURIBOR) Strafen zahlen – also jenen Zinssätzen, die im Namen der »Selbstregulierung« auf ihren Meldungen basieren und von denen die meisten variablen Kredite abhängen. Ein zweites Beispiel ist die Ankündigung der SPD, nach einem Wahlsieg Strafen bis hin zum Lizenzzug einzuführen, sollten die Banken Beihilfe zum Steuerbetrug leisten. Der Beschluss des EU-Parlaments vom Januar 2013, dass Rating-Agenturen zukünftig bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Bewertung von Finanzprodukten haften müssen, ist ein weiteres Beispiel.

In Deutschland und in der EU gibt es zu wenig Wachstum. Doch ohne ein nachhaltiges Wachstum wird es keinen Weg aus der Krise geben. Wachstum kommt nicht automatisch, schon gar nicht, wenn alle Volkswirtschaften gleichzeitig kräftig sparen. Es bedarf gezielter Anstrengungen, insbesondere für wirtschaftliche Investitionen, die keine Belastungen zukünftiger Budgets darstellen. Die aktuellen Zahlen für Deutschland zeigen in dieser Hinsicht nichts Gutes: Nach der vorläufigen Statistik für 2012 wurde 4,4 % weniger als im Vorjahr in Maschinen und Geräte investiert, die Investitionsquote (also das Verhältnis der Investitionen zum Inlandsprodukt) lag nur noch bei 17,2 % brutto. Das bedeutet, dass sich der Wertverzehr der Volkswirtschaft beschleunigte. Wachstumsförderung setzt dort an, wo Mittel zurückgezahlt werden können, die Nachhaltigkeit der Wirtschaft gestärkt wird, Wertschöpfungsketten verlängert werden oder

Innovation gestärkt wird. Energieeffizienzinvestition ist ein klassisches Beispiel.

Die Krise ist noch nicht vorbei, und es darf nicht in den Normalbetrieb zurückgeschaltet werden. Gegenwärtig schlittert Zypern in eine immer schwierigere Lage. Gleichzeitig erweckt der Bund den Eindruck, wieder einmal die Strategie des Ignorierens (Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sinngemäß: »Zypern ist nicht systemrelevant«) und des Verzögerns zu verfolgen, die wohl wieder zu einer eher kostspieligen Lösung führt. Der Bankensektor in Zypern weist eine Bilanzsumme auf, die das 7,3-fache des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, er ist also zu groß (zum Vergleich: in Deutschland liegt der Wert bei 3,2) und erinnert an Irland, das wegen eines zu großen Bankensektors, zu niedriger Steuern und einer Immobilienblase in Schwierigkeiten geriet. Statt möglichst frühzeitig und damit mit möglichst geringen Kosten in die Sanierung einzusteigen, wurde das Problem erst einmal vertagt und die sogenannte »Emergency Liquidity Assistance« mit bislang etwa 9,5 Milliarden Euro, also immerhin 50 % des Bruttoinlandsprodukts, aktiviert. Im Rahmen dieses Programms gibt die nationale Zentralbank mit Duldung der Europäischen Zentralbank (EZB) Kredite an die Banken, um eine größere Bankenkrise zu vermeiden. Bereits im Juni hatte die Regierung von Zypern um Hilfe gebeten; weder ein Rettungspaket noch konkrete Schritte zur Eindämmung der Geldwäsche und zur Verkleinerung des Bankensektors sind bis Januar 2013 vereinbart worden.

Geringere Renditen, höheres Eigenkapital

Da es keine direkte Blaupause für das neue Finanzsystem gibt, fällt es den Beteiligten schwer, einen Konsens zu finden. Ein Beispiel: Deutschland befindet sich in einer Sondersituation extrem niedriger Zinsen, weil es (zu Recht) als sicherer Hafen gilt.

Deshalb kann die deutsche Staatsschuld sogar zu niedrigeren Zinsen finanziert werden, wenn sich die Krise verschärft. Zahlte der Bund vor der Krise etwa 4,0 % für die 10-jährigen Papiere, so waren es zu Beginn des Jahres 2012 etwa 2 % und bei der spekulativen Debatte über das Ende des Euro im Juni noch ca. 1,2 %. Mit Überwindung der Krise wird das Zinsniveau für Deutschland demnach ansteigen. Angesichts der Schuldenbremse sollte jedoch der Schuldendienst für die öffentliche Hand in Deutschland insgesamt minimiert werden, bevor die Zinsen deutlich ansteigen. Als Instrument dafür könnten z.B. die Deutschland-Anleihen von Bund und Ländern dienen, die im Rahmen des Fiskalpakts von Hamburg und Schleswig-Holstein verankert wurden. In Verkennung des grundsätzlich gemeinsamen Haftungssystems von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland scheint es leider wahrscheinlich, dass diese Chance auf das Betreiben einiger Bundesländer verspielt wird. Klug wäre, die Refinanzierungsvorteile sinnvoll zu teilen und Sanierungsschritte zu vereinbaren, anstatt in Kraftmeierei zu Lasten zukünftiger Steuerzahler auf den Vorteil zu verzichten.

Ein scheinbares Paradox ist der Rückgang der Zinssätze für die Länder mit schwierigen Bedingungen bei gleichzeitiger Verschlechterung ihres Ratings. So zahlt Spanien für die 10-jährige Staatsschuld Anfang 2013 etwa 4,9 % Zinsen, im Juli 2012 waren es etwa 7,7 %. Bei Italien ging der Zinssatz von 6,5 % auf etwa 4,2 % zurück. Parallel haben die Rating-Agenturen Spanien auf BBB- und Italien auf BBB+ herabgestuft und mit negativem Ausblick versehen, wobei weitere Herabstufungen wahrscheinlich sind. Der Grund ist vergleichsweise einfach. Während die Rating-Agenturen die Situation eines Landes »fundamental« bewerten, stellen die Zinssätze der Märkte die Summe aus den Zinssätzen nach der fundamentalen Analyse und den spekulativen Anteilen dar. Die Entwicklung der letzten Monate im Fi-

nanzsektor ist dadurch gekennzeichnet, dass die spekulative Überzeichnung weitgehend abgebaut wurde. Die um die spekulativen Zuschläge bereinigten Zinssätze sichern den betroffenen Ländern etwas größere Handlungsspielräume. Die Ankündigung der EZB, den Euro zu verteidigen, war entscheidend für den Abbau der spekulativen Übertreibungen, wodurch die EZB einen Eckpfeiler des neuen Finanzsektors bildete und neben der Wahrung der Geldstabilität auch die Verteidigung des Euro gegen Spekulation faktisch als Aufgabe übernommen hat.

Als Anforderung für ein neues Finanzsystem wird aus sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Sicht häufig genannt, dass der Finanzsektor zugunsten der Realwirtschaft robuster und kleiner werden müsse. Die Entwicklung geht dorthin. Die Banken bauen Eigenkapital auf (nach einer Studie weltweit von 7,3 % Ende 2007 auf 11,5 % Ende 2011, Trend weiterhin aufwärts). Der Darlehensstock im Verhältnis zum Eigenkapital nahm vom 25-fachen auf das 18-fache ab. Die Bilanzsummen der 20 weltgrößten Banken im Verhältnis zum BIP ihrer Staaten nahmen von 71 % auf 67 % ab. Statt Renditen von 25 % – wie bei der Deutsche Bank vor der Krise – scheinen 8 bis 12 % realistischer, weil auch am Markt Fremdkapitalgeber der Banken ihr Risiko höher bepreisen und sich weniger auf Staatshilfen im Krisenfall verlassen. Sollte es zu der sogenannten *Net Stable Funding Ratio* (NSFR: neue Berechnungsmethode nach »Basel III«, mit der die Liquidität der Banken nach strengeren Kriterien ermittelt wird) kommen, müssen die Banken wohl gut ein Zehntel ihrer Verbindlichkeiten langfristig und deshalb zu höher verzinsten Anleihen finanzieren. Das erhöht die Robustheit, resultierte doch das Scheitern der Privatbank Hypo-Real-Estate als weitaus größter Rettungsfall in Deutschland aus der Profitmaximierungsformel kurzfristige Refinanzierung bei gleichzeitiger langfristiger Ausleihung.

Rolle der staatlichen Förderbanken wächst

Der Bankensektor wird kleiner und robuster sein als in der Vergangenheit. Er wird aber einen geringeren Teil des Finanzbedarfs der Realwirtschaft abdecken können als bislang. Es bedarf also zusätzlicher Banken oder zusätzlicher Finanzierungswege – ein Unterfangen, das nicht beliebig viel Zeit hat. Solange die Krise bremst, sinkt das Kreditneugeschäft, aktuell ein wenig in Deutschland und massiv in Europa. Sollten Wirtschaft und Investitionen aber anziehen, dreht sich das Bild in Richtung eines überproportionalen Wachstums der Kreditnachfrage.

Während über zusätzliche Banken – meist Förderbanken – in mehreren EU-Ländern nachgedacht wird, geht es in Deutschland insbesondere um eine Stärkung der bestehenden Förderbanken. Die Aktivitäten der Förderbanken nehmen zu, was in Zeiten der Schuldenbremse durch die Länder sogar beschleunigt wird. Auf EU-Ebene wurde zur Stärkung von Wachstumskräften das eingezahlte Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) erhöht, um ihre Darlehensaktivitäten um gut 20 Milliarden Euro im Jahr aufzustocken.

Es erscheint also wahrscheinlich, dass der neue Finanzsektor mehr Förderbanken aufweisen wird oder bestehende Förderbanken größer werden. Wichtig erscheint die Beschränkung der Förderbanken auf Aktivitäten, die wie bei der Finanzierung innovativer Produkte oder des sozialen Wohnungsbaus öffentlicher Unterstützung bedürfen.

Dass in anderen Staaten regionale öffentlich-rechtliche Banken wie die deutschen Sparkassen entstehen, ist gegenwärtig nicht sehr wahrscheinlich. Wachsen wird hingegen ein spezialisierter Sektor für Kleindarlehen wie etwa Mikrofinanz-Institutionen, weil dieser vielfach vom normalen Bankensystem vernachlässigt wird. Die Zinssätze dort sind recht hoch, aber die

Kleinteiligkeit und das Risiko der Kunden führen zu allenfalls moderaten Erträgen.

Großunternehmen werden stärker selbst mit Anleihen auf den Markt gehen oder eigene Finanzierungstöchter (wie etwa die Volkswagenbank) auf- und ausbauen und so auf die verringerte Kapazität der Banken reagieren.

Das vielfach angegriffene dezentrale deutsche System mit den drei Säulen aus Sparkassen, genossenschaftlichen und privaten Banken ist gut durch die Krise gekommen, weil die Dezentralität die Kundennähe und die realwirtschaftliche Orientierung garantiert. In Ländern wie Spanien entstanden die Schwierigkeiten der Sparkassen nach der Aufhebung der Gebietsbeschränkung und damit der Dezentralität. Es sind weitere Fusionen zu erwarten, wobei es nach den Fusionen zu einer Verkleinerung der Aktivitäten kommen wird.

Während die Regulierung in der Vergangenheit eher für die Zentralisierung des Bankensektors sorgen sollte, scheint sich jetzt ein Unentschieden abzuzeichnen. Am Anfang stand der Vorschlag der EU-Kommission, alle Banken einer zentralen europäischen Bankenaufsicht bei der EZB zu unterstellen. Das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative der Bundesregierung und des EU-Parlaments hingegen läuft darauf hinaus, dass kleinere Banken mit einem Bilanzvolumen von bis zu 30 Milliarden Euro eben nicht der EZB-Aufsicht unterzuordnen sind. So richtig es ist, dass die der EZB angeschlossene Aufsicht auch Zugriff auf kleinere Banken haben sollte, die riskante Geschäftsmodelle verfolgen, so wichtig wäre es, auch für größere Banken die Rückübertragung in die nationale Aufsicht zu ermöglichen, wenn sie nachweislich risikoarme Geschäftsmodelle verfolgen. Das böte erstmals die Chance, eine dezentrale Ausrichtung und risikoarme Geschäftsmodelle zu prämiieren.

Am ersten Montag dieses Jahres sprangen in Deutschland die Bankaktien um 3 % nach oben – in der Krise ein erstaun-

licher Vorgang. Was war geschehen? Der internationale Bankenausschuss bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) empfahl die Verlängerung der Übergangsfristen für die neuen Regeln von 2015 auf 2019 und einige Erleichterungen. Nach den bisherigen Vorschlägen benötigen die 209 größten Banken bis 2015 1.800 Milliarden Euro an zusätzlichem Eigenkapital – und es galt als kaum vorstellbar, dieses zu beschaffen. Die Annahme gilt aber nur, wenn die Banken ihr Geschäftsvolumen und ihr Geschäftsmodell beibehalten. Wenn sie die Struktur ihrer Aktivitäten risikoärmer ausgestalten,

fällt dieser Betrag notwendigen Eigenkapitals natürlich geringer aus. Außerdem hat die BIZ vorgeschlagen, die Krisenszenarien für die Liquiditätsausstattung abzuschwächen, indem einerseits mehr Sicherheiten als liquide anerkannt werden und andererseits angenommen wird, dass Kreditkunden nicht alle Kreditrahmen in der Krise voll abrufen. Letzteres scheint plausibel, ersteres nicht.

Wo liegt aber das Interesse der Bevölkerung? Anreize und Druck zur Entwicklung von risikoärmeren Geschäftsmodellen sollten verstärkt und nicht verringert werden. ■

Gerhard Schick

Von den Problemen in Deutschland lernen!

Für eine echte demokratische Kontrolle der EZB-Bankenaufsicht

Vor dem Hintergrund der Errichtung einer Bankenunion laufen derzeit in Brüssel die Trilogverhandlungen zwischen dem Rat, dem Europäischem Parlament (EP) und der EU-Kommission zur Übertragung der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB). Dabei geht es auch um die wichtige Frage, wie die erforderliche demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflicht dieses neuen »Bankaufsichtsarms« der EZB ausgestaltet werden soll.

Gerhard Schick

(* 1972) ist finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen. Er vertritt die Fraktion im Finanzausschuss und im Parlamentarischen Finanzmarktgremium.

gerhard.schick@bundestag.de



Deutschland kontrovers diskutiert. Dieser Beitrag konzentriert sich vor dem Hintergrund jenes ungelösten Konfliktfeldes daher auf die parlamentarische Kontrolle des neuen »Bankaufsichtsarms« bei der EZB.

Nach Verordnungsentwürfen soll offenbar neben Rat und Eurogruppe künftig vor allem das EP mit der Kontrolle betraut werden: Es soll ein Fragerecht sowie das Recht erhalten, Untersuchungsausschüsse zu etwaigem Fehlverhalten der neuen Bankenaufsicht einzusetzen. Außerdem soll der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP die neue Bankenaufsicht auch zu vertraulichen Sachverhalten befragen dürfen. Die nationalen Parlamente sollen ähnliche, schwächer ausgestaltete Anhörungs-

Die EZB-Geldpolitik soll weiter unabhängig sein und daher keiner direkten Kontrolle des Parlamentes unterliegen. Ob sich Geld- und Bankaufsichtspolitik bei der EZB inhaltlich-sachlich, rechtlich und personell überhaupt sinnvoll voneinander abgrenzen lassen, ist eine sehr relevante Frage und wird derzeit in Brüssel und